

FAZ, 24.2.99

FREMDE FEDERN: Uwe Holtz

Bundesregierung schwächt die UN

Die Entscheidung der neuen Bundesregierung, den Plänen der alten Regierung zu folgen und den deutschen Beitrag für das UN-Entwicklungsprogramm UNDP um ein Viertel von 100 auf 75 Millionen Mark zu reduzieren, ist bedenklich, kurzfristig und kontraproduktiv. 1996 und 1997 hatte sich der Beitrag noch auf 133 bzw. 120 Millionen DM belaufen, was einem deutschen Anteil am gesamten Beitragsaufkommen von rund zehn Prozent entsprach. Mit den Kürzungen schwächt die Bundesregierung die zentrale und koordinierende Rolle der Vereinten Nationen in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

Offensichtlich hat sich Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul dem Druck des Finanzministeriums gebeugt und selbst andere Prioritäten gesetzt. Zur Stärkung multilateraler Entwicklungsinitiativen reicht es jedoch nicht aus, Leistungen für andere internationale Institutionen zu erhöhen, wie es Frau Wieczorek-Zeul angekündigt hat, und im gleichen Atemzug die Beitragszahlungen an UNDP zu reduzieren.

Seit Jahren ist UNDP auf den Gebieten der nachhaltigen, menschlichen Entwicklung, der Armutsbekämpfung, der Krisenprävention und des Abbaus geschlechtsspezifischer Benachteiligungen aktiv. UNDP trägt zur Verbesserung der internen Rahmenbedingungen und insbesondere zur Förderung von Demokratisierung und Menschenrechten bei. Die Organisation koordiniert die operationellen Tätigkeiten des UN-Systems, hat sich in den letzten Jahren einer Reform unterzogen, will seine Wirksamkeit weiter verbessern und weist im Vergleich zu anderen Entwicklungsorganisationen eine Reihe von Vorteilen auf, wie die Konzentration auf die Eigenverantwortung der Programmländer oder auch die sehr guten Außenstrukturen mit 134 Regionalbüros.

Mit UNDP wird das Herzstück der multilateralen Entwicklungsinitiativen der Vereinten Nationen getroffen. Dies ist um so unverständlicher, als in der Koalitionsvereinbarung versichert wurde, die neue Bundesregierung sehe es als besondere Aufgabe an, die Vereinten Nationen politisch und finanziell zu stärken, sie zu reformieren und zu einer handlungsfähigen Instanz zur Lösung internationaler Probleme auszubauen. Außerdem werde die Bundesregierung Initiativen ergreifen, um die Kompetenz und Mittelausstattung der Vereinten Nationen zu verbessern. Wie will sie dies glaubwürdig tun, wenn sie mit schlechtem Beispiel vorangeht?

Der Sturzflug eines der wichtigsten Beitragszahler in Zeiten ohnehin ständig rückläufiger finanzieller Ressourcen des UNDP wird unweigerlich zur Einstellung oder Nichtdurchführung etlicher Aktivitäten in Programmländern führen. Er konterkariert zudem alle Überlegungen der Geberländer, UNDP eine mehrjährige Einkommenssicherheit zu verschaffen, die für die mittel- und langfristige Planung von nachhaltigen Entwicklungshilfeprojekten dringend erforderlich ist. Er konterkariert auch die seit 1996 bekannten Bemühungen der Bundesregierung, UNDP zu einem Umzug von New York in die junge UNO-Stadt Bonn zu bewegen, wo auch das UN-

Freiwilligenprogramm, ein Teil von UNDP, seinen Sitz hat. Nicht zuletzt geht von den Kürzungen auch ein falsches Signal für das Vorhaben der Bundesregierung aus, Bonn als Zentrum für internationale Zusammenarbeit weiter auszubauen.

Nicht nur eine wirksame Bekämpfung der Armut und die nachhaltige, menschenwürdige Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt, sondern auch deren innenpolitische Stabilisierung brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Aus deutscher Sicht sollte die multilaterale Entwicklungsarbeit des UNDP schon aus außen- und sicherheitspolitischen Motiven sowie als Prävention zur Vermeidung wesentlich kostspieligerer internationaler Kriseneinsätzen Vorrang genießen.

Die Entwicklungsministerin versicherte kürzlich: Das Ziel, die Mittel für UNDP aufzustocken, werde in den kommenden Haushalten verwirklicht. (Für 1999 will sie allerdings an den Kürzungen festhalten.) Was diese Versicherung - auch angesichts der vom Bundesverfassungsgericht zum Familienlastenausgleich auferlegten Finanzleistungen - wirklich wert ist, steht in den Sternen. Deshalb sollte der Deutsche Bundestag den Haushaltsentwurf bereits für dieses Jahr nachbessern und die Kürzung der UNDP-Mittel rückgängig machen.

Der Autor lehrt Politische Wissenschaften an der Universität Bonn; er war von 1972 bis 1994 Bundestagsabgeordneter (SPD) und von 1974 bis 1994 Vorsitzender des entwicklungspolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages.

GA-Interview mit Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, 29.3.99

GA: Dieses Jahr ist das Jahr des Bonn/Berlin-Umzugs. Wie sehen Sie die Zukunft Bonns als Zentrum für Internationale Zusammenarbeit?

Wieczorek-Zeul: Sie ist ausgezeichnet, und was wir als Ministerium dazu beitragen können, damit Bonn dieses Zentrum weiterentwickeln kann, das werden wir tun. Das betrifft auch die Unterstützung für die Ansiedlung weiterer UN-Institutionen. In der Diskussion ist unter anderem UNEVOC, das internationale Berufsbildungsprojekt der UNESCO. Wie wichtig wir die UN-Organisationen nehmen, sieht man daran, daß der Haushaltsausschuß jetzt noch einmal zehn Millionen Mark zusätzlich für das UN-Entwicklungsprogramm UNDP, zu dem auch das Freiwilligenprogramm UNV gehört, bewilligt hat, so daß die Kürzung nicht ganz so stark wie befürchtet ausfällt. In Zukunft sollen die UNDP-Mittel weiter aufgestockt werden. Unser Angebot, Bonn zum Sitz von UNDP und UNFPA, dem Weltbevölkerungsfonds, zu machen, steht übrigens immer noch. Dabei geht es um insgesamt 900 Mitarbeiter und -innen. Aber das setzt natürlich eine Klärung solcher finanzieller Fragen voraus. Zum Umzug: Das. Ministerium wird mit etwa 50 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Leitungsebene im September nach Berlin gehen. Die große Mehrheit - mehr als 450 - bleibt aber hier in Bonn und zieht ins Kanzleramt um.